



SCHLEYER-STIFTUNG

## **Jürgen-Strube-Lecture**

Grußwort gehalten von Barbara Frenz,  
Geschäftsführerin der Hanns Martin Schleyer-Stiftung

Paulinum, Universität Leipzig

23. Oktober 2018

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,  
sehr geehrter Herr Präsident des Sächsischen Landtages,  
sehr geehrte Frau Rektorin Schücking,  
sehr geehrter, lieber Herr Professor Strube,  
sehr geehrte Professoren Drygalla, Vollmer wie auch Schnabl und Uhle,  
liebe Studentinnen, liebe Studenten,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst Ihnen, Magnifizenz, vielen Dank für Ihre einführenden Worte zu einer traditionsreichen Universität in einer vitalen Stadt mit einem offensichtlich lebendigen Bürgertum. Auch mich freut es sehr, Sie zur Jürgen-Strube-Lecture begrüßen zu dürfen.

Ganz besonders begrüße ich Sie, sehr geehrter, lieber Herr Dr. Schäuble, der Sie - und das darf ich hier erwähnen – auch Träger des Hanns Martin Schleyer-Preises sind.

Wie kaum ein Zweiter stehen Sie in Deutschland und Europa für eine Politik, die getragen ist von abwägender Klugheit – aus einem tiefem Bewusstsein heraus für historische Zusammenhänge – aber auch von einer klaren, vernunftgeleiteten und unbestechlichen Haltung. Dass Sie dabei im Kern zuversichtlich sind und bleiben wollen – wie Sie im letzten Jahr bei Ihrer Rede anlässlich der Preisverleihung sagten – passt vielleicht nicht in diese Zeit des schnellen Aufgebrachtseins und zuweilen auch hektischen Reagierens, wird aber aus meiner Sicht umso dringender zur Lösung unserer aktuell virulenten Probleme benötigt.

Ihre Mitwirkung an dieser Lecture ist Freude und Ehre zugleich. Denn Ihre Vorstellungen von der Zukunft Deutschlands in Europa hier darzulegen und sich zudem der Diskussion mit jungen Akademikern zu stellen, zeigt einmal mehr, wie ernst Sie das Anliegen des Austausches von Wissenschaft und Praxis erachten, des – um einer lebendigen Demokratie Willen – notwendigen miteinander Ringens um Lösungen nicht nur in der Politik, sondern auch in Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft und auch zwischen diesen Bereichen.

Bei der Gelegenheit darf ich Sie, liebe Studentinnen und Studenten noch einmal gesondert sehr herzlich begrüßen. Es freut mich außerordentlich, dass Sie so zahlreich zu dieser Lecture erschienen sind und ich bin sehr gespannt auch auf Ihre Fragen und Anregungen und möchte Sie ausdrücklich ermuntern, sich nachher mutig aktiv an der Diskussion zu beteiligen.

Das, was wir aktuell beobachten können, ist eine sowohl in Deutschland als auch in Europa zunehmend Erosion scheinbar fest verankerter Gewissheiten und bewährter Institutionen.

Wie der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Voßkuhle, kürzlich auf dem Juristentag hier in Leipzig ausführte, geht es in einer rechtsstaatlichen und freiheitlichen Demokratie auch um eine fortwährend auszubalancierende Balance im Spannungsverhältnis zwischen den Prinzipien des Rechtsstaates und der dem Bürger Freiheit und Selbstbestimmung sichernden Demokratie. Denn im Interesse des Bürgers und seiner individuellen Freiheit zielt der Rechtsstaat ja gerade „auf Begrenzung und Bindung staatlicher Herrschaftsgewalt“.

Kern solcher Sicherungen sind, wie wir alle wissen, die Grundrechte aber zum Beispiel auch die Unabhängigkeit der Gerichte in Ausübung ihrer gesetzmäßigen Aufgaben.

In Politik, in Wissenschaft, in Wirtschaft und Medien – in vielen Bereichen unserer Gesellschaft – zeigen sich allerdings zunehmend Anzeichen von Zerfallsprozessen.

Dann etwa, wenn von Richtern verlangt wird, Urteile nach dem „Volksempfinden“ zu sprechen. Wenn das Recht auf Versammlungsfreiheit in Hetz- und Gewaltexzessen mündet, und auch wenn dem geltenden Recht zur Durchsetzung die Ressourcen fehlen.

Wie können wir diesen beginnenden „Rissen im Rechtsstaat“, von denen Reinhard Müller kürzlich in der Frankfurter Allgemeinen schrieb, entgegenwirken? Welche Kräfte können in Deutschland, aber auch in Europa neu gebündelt werden, um das, was über Jahrzehnte aufgebaut wurde, mutig und entschlossen zu verteidigen und fortzuführen?

Dass der Zivilgesellschaft hier eine besondere Verantwortung zukommt, steht – denke ich – außer Frage.

Der überall in Europa und nunmehr auch in Deutschland erstarkende Populismus ist aus meiner Sicht auch ein Zeichen einer zunehmenden Verunsicherung der Bürger angesichts einer sich rasant verändernden Welt – der unmittelbaren Arbeits- und Lebenswelt im digitalen Zeitalter wie auch des Wandels globaler Ordnungen.

Die Verführbarkeit in solchen Zeiten von Unsicherheit und der fehlenden Akzeptanz unserer Institutionen zeigt sich gerade erst wieder in Italien – einem Kernmitglied der Europäischen Union. Die selbst gesetzten Regeln und damit auch die Institutionen der EU werden nunmehr offen in Frage gestellt.

Damit einher geht europaweit auch eine wachsende Skepsis gegenüber dem freiheitlichen Rechtsstaat – und dies nicht nur in Polen und Ungarn (bei allem Verständnis für deren jeweils eigene, nationale Geschichte und damit notwendigerweise auch eigenständige Verortung innerhalb der EU).

Wenn ich heute hier stehe, erinnere ich mich an Leipzig im März 1990. Kurz nach den ersten freien Wahlen fanden damals intensive Gespräche statt, die mir eindrücklich in Erinnerung sind. Auf einem gemeinsamen Symposium mit dem Leipziger Zentrum für Internationale Wirtschaftsbeziehungen sprachen u.a. der Ökonom Günter Nötzold und Kurt Biedenkopf – auch unter reger Teilnahme weiterer Wirtschaftsprofessoren aus Ost und West und Leipziger Bürgern, über notwendige Wirtschaftsreformen und die Zukunft der Europäischen Wirtschaftsbeziehungen in einem vereinten Deutschland. Uns alle beschäftigte damals die Frage, wie der Übergang von einer Planwirtschaft in einem autoritären Regime hin zur Sozialen Marktwirtschaft und einer liberalen Rechtsordnung bewältigt werden kann. Es existierte auch damals eine überall spürbare und verständliche Angst und Verunsicherung ob der sich radikal verändernden Lebenssituation, die unmittelbar auch das eigene Leben betraf. Zugleich gab es aber auch eine Offenheit, einander zuzuhören und den Willen aufeinander zuzugehen, um gemeinsam zu gestalten. Die Diskussion war getragen von Akzeptanz und dem Vertrauen in unsere freiheitliche, marktwirtschaftliche Ordnung.

Heute erleben wir stattdessen an vielen Stellen den zunehmenden Rückzug auf die eigene Position, ein wachsendes Misstrauen gegenüber Wissenschaft und Politik sowie offene Hetze und Gewalt.

Wie können wir aber wieder die Stärken einer offenen Gesellschaft mobilisieren, die uns alle mit Zuversicht in die Zukunft schauen lassen?

Mehr denn je brauchen wir hierzu ein Klima, in dem ein offener Diskurs zwischen den verschiedenen Akteuren der liberalen Gesellschaft möglich ist, die zugleich der Wille eint, sich auf das Wagnis der Freiheit unter Achtung der Regeln eines demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlich orientierten Gemeinwesens einzulassen.

Die Akteure der Wirtschaft spielen dabei ebenfalls eine besondere Rolle, nicht nur in unternehmerischer Hinsicht, sondern ihre Führungskräfte haben im besten Sinne auch eine Vorbildfunktion.

Ein solches Vorbild war und ist in Deutschland wie kaum ein anderer Jürgen Strube.

Und an dieser Stelle darf ich Sie, lieber Herr Professor Strube, noch einmal sehr herzlich begrüßen, der Sie uns heute die Ehre erweisen, ebenfalls anwesend zu sein.

Sie haben als Vorstandsvorsitzender und dann Aufsichtsratsvorsitzender die BASF über viele lange Jahre erfolgreich gelenkt. Und ich darf hier nicht unerwähnt lassen, dass wir Sie ebenfalls zur den Trägern des Hanns Martin Schleyer-Preises zählen dürfen, was uns eine besondere Freude ist.

Erfolg, der sich nur durch unternehmerische Freiheit einstellt, gepaart mit der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung waren stets Maßstäbe Ihres Handelns. Den Blick haben Sie dabei auf das Machbare und nicht das Wünschbare gerichtet. Eine Haltung, die heute bisweilen zu fehlen scheint.

Die Initiative für diese Veranstaltung hat Herr Professor Schnabl nun gemeinsam mit Herrn Professor Uhle ergriffen. Ihnen beiden bin ich sehr dankbar dafür, den Grundgedanken der Schleyer-Stiftung, Wissenschaft und Praxis immer wieder neu in den Dialog zu bringen, so eindrücklich mit diesem Forum aber auch durch ihre Mitwirkung an zahlreichen weiteren Kongressen und Seminaren der Stiftung realisiert zu haben – sind diese Debatten doch auch ein Zeichen für eine vitale Demokratie.

Frau Köcher vom Allensbach-Institut für Demoskopie hat dies einmal eindrücklich formuliert. Und ich darf es sinngemäß wiedergeben: „Nur im Austausch, in der persönlichen Begegnung entsteht letztlich die Kraft, die Veränderung ermöglicht“.

In diesem Sinne freue ich mich ganz besonders auf die Rede von Ihnen, Herr Dr. Schäuble und die anschließende Diskussion.

Vielen Dank.